

Syrien, so wie es viele Jahrzehnte lang gekannt wurde, gibt es seit dem 11. März nicht mehr, gleich, wie die aktuellen Erhebungen ausgehen werden. Die Proteste haben die Fundamente des Baath-Regimes unter Bashar al-Asad und seiner heiklen Struktur expliziter und impliziter Regeln erschüttert. Für syrische Standards wurden tektonische politische Zugeständnisse von Regierungsvertretern versprochen, wie sie Jahre zivilgesellschaftlicher Aktivitäten nicht erreichen konnten. Auch wenn Reformen erneut nur leere Versprechungen bleiben, so wie es nach Asads enttäuschender Rede im Parlament am 30. März aussieht, so hat die legendäre Furcht vor dem Sicherheitsstaat Ausbrüchen von Wut und Hoffnung Platz gemacht. Möglicherweise werden bald Sorgen vor konfessionellen Zusammenstößen, dem Begleichen offener Rechnungen zwischen verschiedenen Gruppen und einfach der Angst vor krimineller Energie die Straßen erfüllen.

Asads verpasste Gelegenheiten

Von Carsten Wieland

Präsident Asad wird sich bald nach den Zeiten zurücksehnen, in denen er es mit Gruppen überwiegend älterer Intellektueller der zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu tun hatte, die politischen Pluralismus und Bürgerrechte wollten. Asad mag es nun bedauern, dass er sie, als sie Debattierclubs gründeten und eine sanfte Transition diskutierten, wie Kriminelle behandelt hat. Viele haben sogar den pan-arabischen und anti-israelischen Standpunkt der Baathisten geteilt. Er mag die Zeiten vermissen, in denen er mit ausgefeilten Erklärungen, Unterschriftenlisten und kritischen Artikeln in der libanesischen Presse, die sich an die Syrer richteten, konfrontiert war. Er wird auch die zivilgesellschaftlichen Bewegungen als säkularen Partner und Brücke vermissen, die den Wechsel mit radikaleren und/oder islamistischen Kräften hätte verhandeln können.

So überrascht es nicht all zu sehr, dass Vertreter der zivilgesellschaftlichen Bewegungen kürzlich vom berüchtigten Sicherheitsdienst kontaktiert wurden. Die Beamte des Mukhabarat haben sie aber nicht wie sonst verwarnt oder vor Ort verhaftet, sondern darum gebeten, ihre Oppositionsbewegung irgendwie wiederaufleben zu lassen. Aber selbst dafür ist es nun zu spät. Kein Sicherheitsventil scheint angesichts der Erfahrungen in Nord-Afrika mehr von Nutzen zu sein.

Beginn der Proteste

Niemand weiß, wie die nun in Syrien begonnene Bewegung enden wird. Mit Blick auf seine Außenpolitik, ideologische Verfassung und soziale Zusammensetzung unterscheidet sich das Land von Tunesien oder Ägypten. Minimales Ergebnis wäre, dass Machtbeziehungen neu verhandelt werden. Das geschieht jetzt schon mit einer Neuverteilung von Posten, offenen Diskrepanzen innerhalb der Führung, zwischen dem Präsidenten und den Geheimdiensten, zwischen ihm und der Armee, und möglicherweise Reibereien zwischen Gruppen mit konfessionellen Zugehörigkeiten. Künftig werden soziale, ökonomische und politische Entscheidungen in Damaskus vorsichtiger gestaltet, mit weniger Spielraum repressive Mittel anzuwenden, und einer höheren Notwendigkeit zu guter Regierungsführung – wenn nicht aus Überzeugung, sondern aus Angst vor Schlimmerem. Maximales Ergebnis wäre ein Regimewechsel. Asad wäre endlich und endgültig Teil des Problems und nicht länger Teil der Lösung, als den ihn manche ansehen.

Momentan ähnelt das Muster der Krise ziemlich denen in anderen arabischen Ländern. Die Proteste begannen mit kleineren Vorfällen wie dem Sprayen von Anti-Regierungs-Graffiti in Dara'a. Die niedrigrangigen Sicherheitskräfte sind zivile Proteste und De-Eskalations-Strategien nicht gewohnt und haben überreagiert. Der Ärger wuchs und löste weitere Proteste aus, mit noch brutalerer Gegengewalt. Der syrische Präsident hält sich bedeckt. Berater, Vertreter oder Minister werden vor die Kameras geschickt, um die Situation zu erklären. Wenn Gewalt zur Unterdrückung nicht ausreicht, versucht das Regime oder Teile davon, die Proteste zu kriminalisieren oder diesen ein konfessionelles Erscheinen zu verleihen. Eskaliert es weiter, wird politisches

Entgegenkommen versucht. Der Monarch oder der "republikanische Monarch" tauscht bei Bedarf die Regierung aus und entlässt die für die regionalen Brennpunkte Verantwortlichen. Steigt der Druck weiterhin, folgen schmerzhaft politische Konzessionen. In Ägypten hatten Konzessionen ihre schlichtende Wirkung verloren, weil sie stets einige Tage oder Wochen zu spät kamen.

In den ersten Tagen und Wochen war Bashar al-Asad noch nicht das direkte Ziel der Demonstranten. Aber die Schläge kommen näher. Die Wut richtet sich gegen seinen Bruder Maher, Kopf der Vierten Division der Republikanischen Garde, der einen bedeutend grausameren Ruf als Bashar hat, den Ehemann ihrer Schwester Bushra, Asef Shawkat (Stellv. Generalstabschef), und vor allem Rami Makhluf, dem Eigentümer der syrischen Mobilfunk-Unternehmen, Duty-free-Shops und fast allem, was Geld bringt. Dieses klassische räuberische Übereinkommen über Monopole nahe am Zirkel der politischen Klasse ist die Art Korruption, die Wut unter den normalen Leuten und der gefährdeten syrischen Mittelklasse hervorruft. Kein Wunder, dass als erstes der lokale Justizpalast, das Büro der Baath-Partei und der Fabrikladen für Mobil-Telefone in der Protestwelle in Dara'a niedergebrannt wurden.

Es wird nichts mit dem Aussitzen der arabischen Revolutionen

Es gibt Worte, an die Präsident Asad dieser Tage nicht erinnert werden möchte. Es ist noch keine zwei Monate her, dass er seinen Kollegen in Ägypten und anderen arabischen Ländern Ratschläge gab. In einem Interview mit dem Wall Street Journal am 31. Januar sprach er selbstbewusst von einer "neuen Ära" im Nahen Osten. Er sagte, dass arabische Herrscher mehr tun müssten, um den wachsenden politischen und ökonomischen Bestrebungen ihrer Völker Platz zu bieten. "Wenn Sie die Notwendigkeit zur Reform vor den Ereignissen in Ägypten und Tunesien nicht gesehen haben, dann ist es zu spät, um Reformen zu unternehmen", sagte Asad in Damaskus, als ägyptische Demonstranten in den Straßen von Kairo ausschwärmten und den Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak forderten. Damals hat Asad – der vom WSJ allgemein als "Syriens Diktator" bezeichnet wurde – sich und seinen Zuhörern versichert: "Syrien ist stabil. Warum? Weil man sehr eng mit dem, was das Volk glaubt, verbunden sein muss. Das ist das Kernproblem. Wenn es dort Divergenzen gibt Dann haben Sie dieses Vakuum, das Störungen verursacht". 1

Im Januar dachte Asad, dass er noch Zeit habe, die arabischen Revolutionen auszusitzen und sich selbst als beliebten arabischen Führer und Reformers darzustellen. Tatsächlich ist Syrien anders, und für Asad spricht einiges. Wie syrische Kommentatoren in den vergangenen Monaten unermüdlich herauszuarbeiten versucht haben, ist Asad nicht so alt wie die anderen arabischen Führer in Bedrängnis (dies ist das schwächste Argument), er hat weder mit den USA noch mit Israel paktiert, und er steht somit der öffentlichen Meinung in Syrien näher. Diese ideologische Klammer ist in der Tat ein starkes Argument. Weitere Pfeiler von Asads Legitimität sind, dass er Recht und Ordnung in Zeiten heftiger Turbulenzen jenseits der Grenzen im Irak und im Libanon aufrechterhalten hat, dass es ihm und dem Baath-Regime gelungen ist, ein tolerantes Miteinander religiöser und ethnischer Gruppen zu gewährleisten, und dass der junge Asad im Vergleich zu anderen Diktatorenöhnen wie denen Saddam Husseins oder Muammar al-Qaddhafis immer ziemlich bescheiden wirkte. Zusätzlich hat er in gewissen Kreisen nicht sein Image eines Reformers, der von einer „alten Garde“ blockiert wird, verloren.

Zweifellos gab es während der zehn Jahre von Asads Herrschaft auf einigen Gebieten, die nicht direkt Fragen wie Demokratie oder Menschenrechte berühren, auch Fortschritte. Die Medien wurden vielfältiger und freier, solange sie nicht die rote Linie überschritten (besonders in den Bereichen Politik, Religion und Sex). Die Ausdrucksfreiheit hat in Literatur und den Künsten zugenommen. Obwohl verschiedene Websites blockiert waren, haben die Syrer heute bedeutend mehr Zugang zu verschiedenen Informationsquellen, von Satelliten-Fernsehen zu Blogs und ausländischen Medien. Mobiltelefone und andere moderne Geräte wurden für weitere Leute zugänglich. Frauenorganisationen haben an Stärke gewonnen.

Asad hat viel Sympathie bei der Bevölkerung, und sei es nur weil Schlimmeres befürchtet wird. Demonstrationen für das Regime vor allem in Damaskus und Latakia mögen inszeniert worden sein, aber sie waren auch gefühlsmäßig real für teilnehmende Syrer. Viele Angehörige religiöser Minderheiten in Syrien, wie Christen und Drusen, sehen die momentanen Erhebungen mit Unbehagen und Furcht, ganz zu schweigen von den alawitischen Stämmen, die Rückschläge von der sunnitischen Mehrheit fürchten. Aber auch die Schicht der gemäßigten sunnitischen Händler hat bisher ihre Allianz mit dem Asad-Regime gehalten.

Verpasste Gelegenheit: der Damaszener Frühling

Asad hat, kurz nachdem er die Macht erlangt hat, die erste große Gelegenheit verpasst. Hätte er den Mut gehabt, sich in den frühen Jahren Gruppeninteressen und veralteten Baath-Strukturen entgegenzustellen, dann hätte er sogar freie Wahlen abhalten und gewinnen können. Verglichen mit der heutigen Situation ist das ein beneidenswertes Szenario. Als ein wirklich beliebter Führer hätte er sich der militaristischen Politik des US-Präsidenten George W. Bush bedeutend glaubwürdiger und wirksamer entgegenstellen können, ohne in die verstaubte pan-arabische baathistische oder gar islamistische Rhetorik zurückzufallen. Als das türkische Parlament das US-amerikanische Ansinnen zurückgewiesen hat, türkische Luftstützpunkte für den Irak-Krieg zu nutzen, hatte die US-Administration keine andere Wahl, als dies zu akzeptieren, weil es der demokratisch legitimierte Willen des Volkes war.

In diesen stürmischen Tagen hält die syrische Opposition zu ihren Gunsten, dass sie die intellektuellen Pioniere der heutigen arabischen Revolutionen waren, wohingegen die Tunesier die ersten bei der Umsetzung waren. Inmitten des kurzlebigen Damaszener Frühlings, im September 2000, verfassten Angehörige der syrischen Opposition das „Manifest der 99“ unter der Federführung von Michel Kilo; im Dezember folgte das „Manifest der 1000“. Andere hochrangige Intellektuelle wie der säkulare Philosoph Sadiq al-Azm gehörten ebenfalls dem inneren Kreis an. Es war die Hochblüte der jungen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich hauptsächlich aus Intellektuellen und Akademikern zusammensetzte. Ihr Ziel waren sowohl Brot und Freiheit, wie es Alan George auf den Punkt brachte. 2 Riad Seif, Parlamentsmitglied und Unternehmer, ging am weitesten. In seinen Unternehmen hält er soziale Standards ein und legt sozialdemokratische Ideen vor. Politisch forderte er einen konstitutionellen Staat, eine gerechte Marktwirtschaft, ein unabhängiges Parlament, unabhängige Gerichte und freie Medien.

Als Seif seine Absicht erklärte, eine eigene Partei zu gründen, überschritt er die rote Linie und wurde verhaftet. Der Damaszener Frühling wurde zerschlagen, und die Debattierclubs wurden geschlossen. Heute wird möglicherweise ein Parteienpluralismus hastig vom Regime eingeführt, unter dem Druck der Straße. So hat er bereits seine versöhnende Wirkung verloren. Ein neues Parteiengesetz, das dazu bestimmt war, das Monopol der Baath-Partei zu brechen, lag schon seit vielen Jahren in den Schubladen des Asad-Regimes. So wie auch verschiedene andere Versprechen. Rhetorisch war das Ende des Kriegsrechts immer an das Ende der Feindseligkeiten mit Israel und der Befreiung des Golan verknüpft. Nun ist es rein heimischer Druck, der das Undenkbare fast unausweichlich macht. Das Regime verliert eine Trumpfkarte nach der anderen.

Die massiven Proteste haben Syrien genau zu der Zeit erreicht, als es dem Regime gelungen war, seinen Kopf aus der Schlinge internationaler Isolation zu ziehen und seit 2008 erfolgreich seine Außenpolitik zu verändern.

Es gibt einen neuen syrischen Pragmatismus, der durchaus eine zunehmende Reife Präsident Asads in außenpolitischen Angelegenheiten darstellt, nach einer Phase ideologischer Verkrustung während des Irak-Krieges, die sowohl mit Daseinszweck und emotionaler Verzweiflung in einer Umgebung, die die Existenz des syrischen Regimes gefährdete, erklärt werden kann.

Aber die Hoffnung, dass Syrien innere Reformen verabschieden werde, sobald es sich nicht länger von außen bedroht fühlte, hat sich nicht verwirklicht. Früher war die These plausibel, dass, angesichts Syriens Isolation und

existentieller Bedrohung des Regimes, die politische Führung weniger bereit sei zu Experimenten und deshalb umso mehr Oppositionsbewegungen niedergeschlagen hat. Die Umkehrung der These hat sich nicht bewahrheitet. Trotz aller Entspannung bei internationalen Angelegenheiten und Syriens Neuerscheinen auf der arabischen und der internationalen Bühne geht die Unterdrückung politisch Andersdenkender und Verfechtern von Menschenrechten weiter und hat gar während der vergangenen zwei Jahre zugenommen.

Drei Unterdrückungswellen

Die zehn Jahre von Asads Macht weisen drei Unterdrückungswellen auf. Die erste begann 2001 als hartes Durchgreifen gegen die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Debattierclubs der zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Nicht lange, nachdem der Damaszener Frühling unterdrückt worden war, wurde klar, dass die Wirtschaftsreform als der kleinste gemeinsame Nenner übrig blieb, nachdem politische und administrative Reformen verworfen worden waren. Asad versuchte das chinesische Modell.

Im Kontext US-amerikanischer Drohungen eines Regimewechsels konnten keine demokratischen Experimente erwartet werden. Nichtsdestotrotz bestand 2003/04 Hoffnung für einen Wechsel, als sich das syrische Baath-Regime hinter einer harschen ideologischen Opposition zum Irak-Krieg verschanzte. Mit zunehmendem Druck auf Syrien, vor allem aus Saudi-Arabien, Frankreich und den USA, Libanon zu verlassen (unterstrichen durch die UN-Resolution 1559) und die Ermordung Hariris im Februar 2005, erreichte der Druck auf die syrische Opposition erneut einen Höhepunkt.

Angesichts der offenkundigen Schwäche des Regimes von Asad hat die säkulare Opposition an Fahrt gewonnen, unterstützt von westlichen Diplomaten und Politikern. Zu dieser Zeit hat ein historischer Schritt in Richtung einer geeinteren Opposition durch die Deklaration von Damaskus 3 am 16. Oktober 2005 stattgefunden. Zum ersten Mal haben alle größeren Oppositionsgruppen – von der säkularen zivilgesellschaftlichen Bewegung bis zu kurdischen Aktivisten, moderaten Moslems, und auch die verbotene Muslim-Bruderschaft in London – einen breit unterstützten Aufruf für einen demokratischen Wechsel in Syrien herausgegeben. Das umfangreiche Dokument fordert ein Ende der Notstandsgesetze und anderer Formen politischer Repression, eine nationale Konferenz zum Thema demokratischer Wechsel und eine konstituierende Versammlung, um eine Verfassung auszuarbeiten. Der Kopf der säkularen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, der christliche Journalist Michel Kilo und andere Intellektuelle haben die Deklaration verfasst.

In all diesen Dokumenten können keine radikalen Positionen gefunden werden, und Asad hätte noch Teil der Lösung werden können, anstatt wichtige Änderungen und die Interessen seines Familienclans und anderer Wählerschaften auszusitzen. Es wurden keine Asad-Statuen gestürzt; keine Rufe nach einem Regimewechsel wurden von der syrischen heimischen Opposition vernommen.

Die zweite Unterdrückungswelle folgte im 1. Halbjahr 2006, als jene, die 2001 verschont geblieben waren, verhaftet wurden, so Kilo und der Menschenrechtsanwalt Anwar al-Bunni. Die Jagd auf Unterzeichner der Deklaration von Damaskus basierte auf der Beschuldigung, die Agenda westlicher Interessen zu verfolgen.

Beide Verhaftungswellen folgten der Logik des Zusammenwirkens innen- und außenpolitischer Ereignisse. Aber die dritte Unterdrückungswelle gegen die säkulare Opposition und Menschenrechtsaktivisten begann Ende 2009, als Syrien bereits sein Wiedererscheinen auf der internationalen Bühne gefeiert hatte. In anderen Worten: der aktuelle Rückschlag bei den Menschenrechten steht im Widerspruch zu einer recht stabilen und erfolgreichen, gar befreienden Phase der Außenpolitik aus einer syrischen Perspektive. Die Welle begann mit der Verhaftung des hochrangigen Menschenrechtsanwalt Haitham al-Maleh, Vorsitzender der Menschenrechtsvereinigung Syriens (Human Rights Association of Syrien / HRAS), im Oktober 2009; seitdem wurde sie mit diversen Reiseverboten und Einschüchterungen von Intellektuellen fortgesetzt. Der 80-jährige al-Maleh wurde erst während der hektischen Ereignisse der letzten Wochen freigelassen.

In den drei Verhaftungswellen hat das laizistische Baath-Regime vor allem die moderaten und säkularen Stimmen zum Schweigen gebracht, die nach einer Pluralisierung der syrischen Gesellschaft und allmählichen Reformen gerufen haben, so wie Angehörige der zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Auch islamistische Strömungen haben an Grund gewonnen. Das Verhältnis zwischen dem Regime und den Islamisten beschreibt ein führender Oppositioneller treffend: "Unser ist die Macht, und Ihr bekommt die Gesellschaft". Ähnlich der Rhetorik des abgesetzten ägyptischen Präsidenten Mubarak war der Geist des Islamismus ein handliches Werkzeug für außen stehende Beobachter, um eine falsche Wahl zwischen einem islamistischen Wiedererstarken oder einem säkularen autoritären Regierungssystem zu unterstellen.

Die wachsende Stärke Asads in der Außenpolitik wird nicht zwangsläufig reflektiert in seinem umfassenden Einfluss in inneren Angelegenheiten. Das Regime ist ein komplexes Netz direkter oder subtiler Einflüsse, Prioritäten, Eifersüchteleien und Machtkämpfe. Es gibt Anzeichen, dass der Präsident manches Mal unfähig war, eigene Entscheidungen durchzusetzen oder gar, gegebene Versprechen zu erfüllen, weil andere das Sagen hatten. Dies mag sich während dieser angespannten Tage politisch als fatal erweisen und kann zu internen Fehden innerhalb des Asad-Clans führen.

Im Interview mit dem Wall Street Journal am 31. Januar hat Asad ein anderes wichtiges Argument mehrfach wiederholt. Die wachsenden Forderungen nach schnellen politischen Reformen könnten sich als konterproduktiv herausstellen, wenn arabische Gesellschaften dafür nicht bereit wären, wurde er zitiert. In anderen Worten hat er betont, dass arabische Gesellschaften, einschließlich seiner eigenen, noch nicht bereit seien für eine Demokratie westlichen Stils. Dies bedeutet, dass man wählen muss zwischen Stabilität oder Chaos, zwischen oberflächlichem Säkularismus oder fundamentalistisch islamistischem Steinzeitalter.

Bereits in seiner Inaugurationsrede im Juni 2000 hat Asad seine Position klargestellt. "Wir können die Demokratie Anderer nicht auf uns anwenden. Westliche Demokratie zum Beispiel ist das Ergebnis einer langen Geschichte von Sitten und Traditionen, die die gegenwärtige Kultur westlicher Gesellschaften unterscheidet. [...] Wir benötigen unsere eigene demokratische Erfahrung, speziell für uns, die aus unserer Geschichte, Kultur, Zivilisation herrührt, und die eine Antwort auf die Bedürfnisse unserer Gesellschaft und auf die Anforderungen unserer Realität ist". 4 Sogar einige westliche Politiker und Diplomaten haben diesen Diskurs eines "kulturellen Pfades zu Demokratie" abgekauft, als es politisch opportun war.

Der Oppositionelle Michel Kilo äußerte seine Frustration über den französischen Präsident Nicolas Sarkozy, der bei seinem Besuch in Damaskus im September 2008 versucht hat, wieder gute Beziehungen zu Syrien herzustellen, und der ständig Asads Rede wiederholt hat – dass der Westen eine eigene Demokratie gemäß seiner Geschichte und Kultur habe, und Syrien eine eigene Demokratie gemäß seiner Kultur schaffen werde. Kilo sagte, dass er den französischen Botschafter in Damaskus nach Sarkozys Besuch daran erinnert hat, dass es die Franzosen waren, die die Idee der universalen Menschenrechte geschaffen hatten. Sadiq al-Azm warnt davor, die Idee von „Asiatischen Menschenrechten“ zu übernehmen, wie es Malaysia oder China aufzubringen versuchten, oder von „Westlichen Menschenrechten“ oder „Islamischen Menschenrechten“ etc. 5

Keiner der arabischen Führer hat erklärt, warum es so lange gedauert hat, bis ihr Volk reif ist für Demokratie, da ihre Herrschaft ja bis zu über 30 Jahre wie im Falle Jemens dauert. Selbst 11 Jahre in Syrien sind lange genug, um einen schrittweisen Wandel einzuschlagen und Institutionen einzurichten, ohne Kompromisse in Bezug auf Sicherheit, außenpolitische Beschränkungen und andere syrische Besonderheiten. Die Gelegenheiten sind nun möglicherweise vorbei.

Die Bewegungen in Tunesien, Ägypten, Syrien und anderen arabischen Staaten haben mindestens viererlei bewiesen:

- 1) Die Bestrebungen der Völker sind sehr ähnlich und allgemeingültig. Armut, Korruption, Zensur, Einschüchterung, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, soziale Ungerechtigkeiten und der Mangel an persönlichen Perspektiven in Verbund mit demographischem Druck haben die Grenzen der Verträglichkeit erreicht. Somit hat der Ruf nach Verantwortung, Freiheit und politischen Pluralismus keine „kulturelle Färbung“ oder religiöse Triebkraft, sondern entspricht sehr den Forderungen überall in der Welt.
- 2) Von Anbeginn an wurden diese Klagen über die Herrscher ohne ausländischen Anstoß oder Intervention artikuliert. Das schließt ausländischen Einfluss im Laufe der Ereignisse nicht aus, wie zum Beispiel auf das ägyptische Militär, oder auf Aktivitäten oppositioneller Persönlichkeiten im Exil, wie es im syrischen Kontext geschieht.
- 3) Der hohe Grad an Zuvorkommenheit, Kreativität, Ausdrucksvermögen, Zurückhaltung, Friedfertigkeit, kommunitaristischem Geist und Solidarität über soziale, religiöse und ethnische Grenzen hinweg haben während der Proteste in bemerkenswerter Weise gezeigt, dass auch Araber reif für Demokratie sind. Zumindest haben die Proteste so begonnen, und auch wenn sie im Laufe der Ereignisse wie in Libyen militarisiert wurden oder nachträglich konfessionalisiert, wie es in einem so facettenreichen Land wie Syrien in einer hochkomplizierten Nachbarschaft geschehen könnte. Aber diese Rückwirkungen müssen vom ursprünglichen Antrieb der Proteste separat betrachtet werden.
- 4) Diejenigen, die die Revolutionen tragen, kommen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, einschließlich einer sehr aktiven modernen, wenn auch politisch mundtot gemachten Mittelklasse, die sich ökonomischen Schocks und Befürchtungen vor einem sozio-ökonomischen Abstieg ausgesetzt fühlt. Die meisten der Demonstranten auf den Tahrir-Plätzen der arabischen Welt sind ganz und gar nicht inspiriert, und auch nicht beeindruckt, von dem alten Slogan „Islam ist die Lösung“.

Die arabischen Revolutionen und Syrien

Die Araber haben ihre Würde wiedererlangt, indem sie die bevormundende Haltung ihrer Präsidenten angefochten haben und bewiesen haben, dass sie nicht so wertlos sind, wie ihre Herrscher ihnen vorgemacht haben. Rashid Khalidî hat dies in „Vorläufige historische Betrachtungen zu den arabischen Revolutionen 2011“ ausgeführt. ⁶ Er stellt auch fest, dass die aktuellen Revolutionen in der arabischen Welt nicht nur demokratische sind, sondern die ersten, die sich gegen arabische Herrscher und nicht gegen Kolonialherrscher richten.

Ein neuer arabischer Nationalismus ziviler Natur hat sich um die Demonstrationen herum herauszukristallisieren begonnen. Ägypter haben Fotos auf Facebook gestellt, auf denen sie ihre gefärbten Finger als Beweis dafür, dass sie am Referendum für freie Wahlen teilgenommen haben, gezeigt haben. Andere haben eine neue Statusmeldung hochgeladen: „Stolz darauf, Ägypter zu sein“. Wieder andere erinnern an kombinierte religiöse Symbole (Halbmond und Kreuz), wie sie während der Proteste in Kairo oder Damaskus gezeigt worden waren.

Beispiele aus Deutschland oder Wisconsin zeigen, wie schnell sich die Dinge gewandelt haben. Symbole der arabischen Revolutionen wurden im Westen imitiert, nach vielen Jahrzehnten, während denen Araber Symbole, Lebensstile und Ideen des Westens mehr oder weniger ausschließlich in eine Richtung übernommen hatten. Ende Februar haben deutsche Akademiker in Berlin gegen ihren Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg demonstriert und verächtlich dabei Schuhe hochgestreckt. ⁷

Die Rufe nach Würde, Partizipation, Verantwortlichkeit und Freiheit wird auch Syriens Nachbarn auf den Prüfstand stellen. Die Türkei und Israel werden ähnliche Situationen, wenn auch aus entgegengesetzten Blickwinkeln, erleben.

Die türkische Regierung des Premierministers Tayyip Erdogan hat enge Verbindungen mit dem syrischen Partnern in den Bereichen Sicherheit, Außenpolitik, Wirtschaft und Tourismus geknüpft. Beide Seiten sprechen häufiger von „familiären Banden“. Regelmäßige gemeinsame Treffen der Kabinette beider Länder sind Routine.

Gleichzeitig wird die Türkei von vielen arabischen Oppositionskräften, die Demokratie mit einer muslimischen Gesellschaft auszusöhnen suchen, als Ideal angesehen. Erdogan hat sich als harscher Kritiker israelischer Menschenrechtsverletzungen exponiert, aber auch solcher durch arabische Despoten, die er drängt, Reformen durchzuführen, nicht zuletzt Mubarak und nun auch Asad. Syrien wird ein Test für Erdogan und seine Regierung. Die Frage ist, ob er seine demokratische Agenda aufrechterhalten kann, wenn er künftig ein tief hochgradig problematisches und undemokratisches Regime unterstützt.

Auf der anderen Seite wird sich auch Israel ironischerweise als einer der Akteure herausstellen, die am ernsthaftesten – und insgeheim – auf eine Fortsetzung des Asad-Regimes hoffen. Syrien war ein Feind, aber für Israel ein stabiler und zuverlässiger – mit Einfluss auf Hizbullah. Dies mag nun alles vorbei sein. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten bezeichnen kann – einen Titel, auf den Israelis besonders stolz waren und die die israelischen Regierungen mit einer Menge westlichen Wohlwollen versorgt haben und Spielraum unabhängig von der israelischen Besatzung und Menschenrechtsverletzungen.

Auch der Westen allgemein hat ein hohes Interesse an Stabilität in Syrien. Im Januar hat US-Präsident Barak Obama beschlossen, in Umgehung des Kongress' den ersten US-Botschafter seit fünf Jahren nach Damaskus zu entsenden, gerade rechtzeitig, wie sich herausgestellt hat. Dies bringt westliche Politiker erneut in eine schwierige Balance zwischen Werte-Orientierung und Pragmatismus. Das Interesse an der Stabilität an Israels Nordflanke erklärt den aktuellen US-Standpunkt angesichts der Erhebungen in Syrien. Außenministerin Hillary Clinton sagte, es werde keine Verurteilung und keine Intervention in Syrien geben, teils auch, weil Kongressangehörige beider Parteien sagen, dass sie Asad für "einen Reformen" halten. 8

Dies sind dramatisch andere Töne als 2003, als der damalige US-Präsident George W. Bush Syrien der erweiterten Achse des Bösen zuschlug und nach der Eroberung Bagdads einen erzwungenen Machtwechsel androhte. Tatsächlich hat diese Drohung von außen ein Klima verhindert, dass innere Reformen hätte fördern können. Syrien, das unter Sanktionen und Isolation litt, hatte bedeutend schlechtere Startbedingungen verglichen mit z. B. Ägypten, welches hohe Summen an US-Hilfe bekam, die niemals die Bevölkerung erreichten.

Viele Repräsentanten der zivilgesellschaftlichen Bewegungen haben im Laufe der Jahre das Vertrauen in Asads Reformwillen verloren. Wie auch immer, wenn Asad ein Reformen ist oder war und diese Revolution nicht überleben wird, dann wird er als tragische Figur im Sinne klassischer griechischer Tragödien enden. Er hatte so viele Möglichkeiten und Gelegenheiten, und er hat sie alle verpasst. Aber auch der Westen hat in Hinblick auf Syrien viele Gelegenheiten verpasst, das sich selbst als ein wertvoller Verbündeter gegen islamistischen Terrorismus nach den Attacken von 9/11 angeboten hat, ohne eine Gegenleistung zu erhalten.

Nun liegen alle Karten auf dem Tisch. Syrien wird sich ändern, und es hat sich bereits unumkehrbar verändert. Im November 2010, als die heutigen Ereignisse noch in weiter Ferne lagen, beklagte Michel Kilo das Scheitern der zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Er klagte darüber, dass die Bewegung in der ersten Phase aufgehalten worden war, ohne dass sie die Gründung von Parteien hätte initiieren oder den Kreis der Unterstützer ausweiten können. Aber Syriens gebildete Mittelklasse ist gemäß den revolutionären Vorbildern in Europa sensibilisiert worden. "Sobald der Funke die junge Generation entzündet, können wir uns zurückziehen", sagte Kilo nachdenklich. "Zumindest haben wir den Weg geebnet." 9

Auch wenn die amtierenden Führer den Ruf verstehen und fähig und gewillt sind zu handeln, bevor es zu spät ist, so bleibt dennoch eine Frage offen angesichts der Bilder, die diese Tage aus Syrien kommen. Gegen diesen Hintergrund klingen die Worte Asads im Interview des WSJ beinahe prophetisch: "Wird es eine neue Ära in Richtung mehr Chaos oder mehr Institutionalisierung? Das ist die Frage", sagte er. "Das Ende ist noch nicht klar." Auf jeden Fall war seine Rede im Parlament – zwei Wochen nach dem Ausbruch der Gewalt – eine weitere verpasste Chance auf seiner langen Liste.

Carsten Wieland, Nahost-Experte, Autor und Politikberater. Aus dem Englischen von Thea Geinitz.

1 Syria Strongman: Time for 'Reform', in: *Wall Street Journal*, 31. Januar 2011

2 Alan George: Neither Bread nor Freedom, London 2003. Mehr zum Damaszener Frühling: Carsten Wieland: Syria - Ballots or Bullets? Democracy, Islamism, and Secularism in the Levant, Seattle 2006

3 siehe *inamo* No. 45, Frühjahr 2006, Jahrgang 12, S. 51/52.

4 Zitiert nach der englischen Übersetzung der Syrischen Nachrichtenagentur SANA

5 Interviews mit dem Autor in Damaskus und Berlin im November 2010

6 Middle East Monitor, 23. März 2011, www.middleeastmonitor.org.uk/articles/middle-east/2168-preliminary-historical-observations-on-the-arab-revolutions-of-2011

7 Im US-Bundesstaat Wisconsin in dem seit über zwei Wochen der Kampf gegen ein Gesetz tobt, das den Gewerkschaften das Recht entziehen soll, Arbeitsbedingungen für alle auszuhandeln, haben die Demonstranten das Parlament besetzt. Abgeordnete fliehen über die Grenze. Die Parolen der Demonstranten stellen den Bezug zur Revolution in Ägypten her, u.a. „Walk like an Egyptian“.

8 “U.S. Won't Intervene in Syria as Assad Differs From Qaddafi, Clinton Says”, *Bloomberg* news agency, 27. März 2011

9 Interview mit dem Autor im November 2010 in Damaskus